

Verein zur Förderung der Frauenpolitik in Deutschland e.V.  
Geschäftsstelle der BAG Weydingerstraße 14-16 10178 Berlin

Berlin, den 13.01.2021

**Offener Brief  
an die Fraktionsvorsitzenden im Deutschen  
Bundestag  
Herrn Ralph Brinkhaus, CDU/CSU  
Herrn Dr. Rolf Mützenich, SPD**

Sehr geehrter Herr Brinkhaus, sehr geehrter Herr Dr.  
Mützenich,

Wir sind fassungslos und empört darüber, dass Ihre  
Fraktionen im Lauf der parlamentarischen Beratungen  
für 2021 400.000 Euro zur Förderung des „Forums  
sozialer Inklusion“ in den Bundeshaushalt, EP des  
BMFSFJ, eingestellt haben.

Das „Forum Soziale Inklusion“ setzt sich keineswegs für  
gleichberechtigte Teilhabe ein. Es zählt vielmehr zur  
sogenannten Männerrechtsbewegung, die Männer als  
Opfer betrachtet und gegen Feminismus mobilmacht. „In  
den Bereichen Geschlechter- und Familienpolitik sind  
Frauen und Mütter mit ihren Belangen überrepräsentiert  
und werden - grundgesetzwidrig - bevorzugt“ heißt es  
auf der Website des Vereins.

Der Verein richtet sich gegen partnerschaftliche  
Gleichstellung der Geschlechter:

**Sprecherinnen**

**Roswitha Bocklage**

Stadt Wuppertal  
Leiterin der Gleichstellungsstelle  
für Frau und Mann  
Tel 0 20 2 - 5 63 53 70  
roswitha.bocklage@stadt.wuppertal.de

**Sonja Reese-Brauers**

Kreis Plön  
Gleichstellungsbeauftragte  
Tel 0 45 22 - 74 32 75  
sonja.reese-brauers@kreis-ploen.de

**Christel Steylaers**

Stadt Remscheid  
Gleichstellung von Frau und Mann  
Tel 0 21 91 - 16 22 57  
Christel.Steylaers@remscheid.de

**Simone Thomas**

Stadt Freiburg  
Frauenbeauftragte  
Stelle zur Gleichberechtigung der Frau  
Tel 07 61 - 2 01 17 00  
frauenbeauftragte@stadt.freiburg.de

**Inge Trame**

Stadt Gütersloh  
Leiterin Fachbereich Chancengleichheit  
und Vielfalt, Gleichstellung, Integration  
Tel 0 52 41- 82 20 80  
inge.trame@gt-net.de

**Elke Voigt**

Landkreis Dahme-Spreewald  
Gleichstellungs- und Behindertenbe-  
auftragte  
Tel 033 75 - 26 26 14  
elke.voigt@dahme-spreewald.de

**Katja Weber-Khan**

Stadt Osnabrück  
Gleichstellungsbeauftragte,  
Leiterin Referat Chancengleichheit  
Tel 05 41 - 3 23 44 41  
gleichstellungsbuero@osnabrueck.de

„Die aktuell erfahrbare Bundespolitik setzt den Fokus nahezu ausschließlich auf Frauen und Mütter und ihre Interessen. Die Belange von Jungen, Männern und Vätern werden durch die Bundespolitik nicht gesehen; sie werden vielfach vorsätzlich unsichtbar gemacht. Aus dieser Erfahrung heraus sieht sich FSI gezwungen, sich für eine Übergangszeit deutlich den Bedürfnissen von Jungen, Männern und (getrennt erziehenden) Vätern zu widmen.“ (Website des Forum Soziale Inklusion)

Das ist eine typische antifeministische Argumentation: Die Benachteiligung von Frauen wird negiert und die Bekämpfung von Diskriminierung als unberechtigte Bevorzugung von Frauen dargestellt.

Nach Recherchen der TAZ sind Vorsitzende des Vereins durch rechtspopulistische Aussagen und Kontakte zur AFD aufgefallen. Der Soziologe Andreas Kemper hat den Verein und seine Mitglieder analysiert und stellt im Taz-Interview fest: „Die wollen in der Öffentlichkeit nicht als antifeministisch betrachtet werden. Aber sie sind es.“ Außerdem bediene sich der Verein explizit Begriffen, die sonst nur von der AfD verwendet werden: „Er spricht zum Beispiel von ‚Altparteien‘, die sich seiner Auffassung nach nicht ausreichend für die Förderung von Jungen und Männern einsetzen.“ („Zum Teil weit ins rechte Spektrum“, Taz vom 15.12.2020) (vgl.

Vor diesem Hintergrund ist es hochgradig irritierend und ärgerlich, dass die CDU/CSU Fraktion die Aufnahme des Vereins in die Bundesförderung buchstäblich durch die Hintertür lanciert und die SPD-Fraktion den Antrag durchgewunken hat.

Seit Jahrzehnten kämpfen Frauen und auch Männer um die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern. Bestehende Defizite sind durch die Gleichstellungsberichte der Bundesregierung hinlänglich bekannt und gründlich erforscht. Die Behauptung, Frauen und Mütter würden grundgesetzwidrig bevorzugt, entbehrt jeder Grundlage.

Für seine zweifelhafte Arbeit soll der der Verein nun 400.000 Euro erhalten können, im Verhältnis zu anderen Männer- und Frauenorganisationen, deren Arbeit auf oft ehrenamtlichem und unbezahltem Engagement fußt, eine ausgesprochen hohe Summe und ein Schlag ins Gesicht.

Bitte erklären Sie uns Ihre Beweggründe für die Förderung dieses Vereins und wie Sie sicherstellen wollen, dass keine Frauen verunglimpfenden Projekte mit Hilfe von Bundesmitteln durchgeführt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Christel Steylaers  
Bundessprecherin